

FDP auf der Suche nach neuen Wegen in der Drogenpolitik

Die Drogenpolitik braucht neue Impulse. Die FDP-Bundestagsfraktion organisierte deshalb vor kurzem zum Thema „Liberale Drogenpolitik – Wege aus der Sucht“ einen Kongreß.

von Jörn Kneiding

So wie bisher könne es nicht weitergehen, sagte der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Wolfgang Gerhardt in seinem Grußwort. Er verwies auf die Rauschgiftbilanz des Jahres 1996: „Erstmals seit 1991 stieg die Zahl der Drogentoten wieder an, und zwar um 9,4 Prozent auf 1.712.“

Auf die immer noch hohen Zahlen von Erstkonsumenten und Drogentoten müsse sowohl mit präventiven und therapeutischen als auch mit polizeilichen und gesetzlichen Maßnahmen reagiert werden. Desweiteren forderte der FDP-Vorsitzende eine bessere Prävention. Dazu gehöre eine Gesundheitserziehung, die eine positive Grundeinstellung zu Körper und Gesundheit vermittele und selbstverantwortliches Handeln fördere. Dafür müsse es mehr und besser ausgestattete Drogenberatungsstellen geben.

Nein zur Haschischabgabe

Das Modell der schleswig-holsteinischen Landesregierung zum Verkauf von Marihuana und Haschisch in Apotheken lehnte Gerhardt ab: „Es kann nicht Ziel einer verantwortungsbewußten Drogenpolitik sein, neben Alkohol und Nikotin noch weitere Drogen gesellschaftsfähig zu machen.“

Als Hilfe für Suchtkranke hält die FDP jedoch eine kontrollierte Abgabe von Drogen bzw. Ersatzdrogen durch Ärzte zu Behandlungs-, Überbrückungs- oder Entzugszwecken für erforderlich. Gerhardt sieht dabei sehr wohl die Pro-

blematik der Methadon-Programme: „Methadon ist nicht das Ende der Sucht, also auch keine endgültige Alternative zur Therapie.“ Dennoch könne eine Substitution im Einzelfall sinnvoll sein, wenn die Indikation stimme, von einem qualifizierten Arzt vorgenommen und von psycho-sozialen Betreuungsangeboten begleitet werde.

Etwa 40.000 Drogenabhängige werden nach Angaben der Deutschen Hauptstelle gegen Suchtgefahren mit Ersatzstoffen wie Methadon oder Polamidon substituiert. Allerdings sei nicht jeder Drogenabhängige für die Methadon-Substitution geeignet, weiß die frühere Bundesjustizministerin und jetzige drogenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Wir sprechen uns für die Erprobung der Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige unter streng kontrollierten Bedingungen aus, wenn eine Methadon-Substitution nicht in Frage kommt, sozusagen als letztes Glied in einer Kette von Hilfsangeboten.“

Sozialtherapeutische Hilfestellung

Niederschwellige Angebote seien dringend notwendig, um mit sozialtherapeutischen Mitteln Hilfestellung leisten zu können, und gerade in diesem Zusammenhang komme den Hausärzten eine entscheidende Bedeutung zu, sagte Leutheusser-Schnarrenberger. Die Ärzte bewegten sich hier manchmal in einer Grauzone, die nicht leicht zu bewältigen sei und in der sie nicht

allein gelassen werden dürften. Wie sie den Ärzten konkret helfen wolle, ließ die FDP-Politikerin allerdings offen.

„Auf Therapieplätze muß man in Deutschland zu lange warten. Während in der Schweiz ein Drogensüchtiger nach zwei bis drei Tagen in eine Therapie aufgenommen wird, kann es in der Bundesrepublik Wochen, manchmal sogar Monate dauern“, sagte die FDP-Politikerin. Die neue Gesundheitsreform werde diese Situation eher noch verschärfen, so die Einschätzung von Dr. Volker Weissinger vom Fachverband Sucht e.V. .

Suchtbehandlung in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufnehmen

„Drogensucht ist eine Krankheit, die zumeist chronisch und somit langjährig verläuft. Diese Sichtweise findet in der fachlichen und gesellschaftlichen Diskussion des Themas zunehmend Akzeptanz“, erklärte Dr. Ingo Flenker in seinem Statement. Der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, der als Vorsitzender der Arbeitsgruppe des Ausschusses für Sucht und Drogen der Bundesärztekammer an dem Kongreß teilnahm, warf den Politikern vor, Krokodilstränen zu vergießen, wenn sie einen Mangel an Therapieplätzen beklagten. Immerhin könnten sie ihren Einfluß auf die Gesundheitsformen dazu benutzen, die Behandlung von Drogensüchtigen in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufnehmen zu lassen.



*Die FDP will die kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige erproben.
Foto: Archiv*

Den FDP-Vorschlag, Heroin an irreversibel geschädigte suchtkranke Patienten kontrolliert abzugeben, um ihnen aus dem Teufelskreis der Beschaffungskriminalität herauszuhelfen, hält Flenker für sinnvoll.

Pflichtfach „Suchtmedizin“ einführen

Ein größeres Angebot an ambulanten Therapieplätzen könnte den Mangel an stationären Therapieplätzen ausgleichen, sagte der Münchener Arzt Dr. Felix Tretter, Leiter der Suchtabteilung im Bezirkskrankenhaus Haar. Gleichzeitig meinte er, daß sich die Qualifikation der Mediziner verbessern müsse: „Ich überspitze bewußt, aber mehr als Leberzirrhose kennt doch kaum einer.“ Tretter forderte beispielsweise „Suchtmedizin“ als Pflichtfach an der Universität und regte eine sogenannte Versorgungssystemforschung an.

„Für Kinder und Jugendliche ist es leichter, an Drogen als an eine psychotherapeutische Betreuung zu kommen“, sagte Dr. Jürgen Junglas von der Rheinischen Landesklinik Bonn. In der entscheidenden Entwicklungsphase fühlten sich die Heranwachsenden häufig alleingelassen. Der Drogenkonsum sei bei vielen Jugendlichen als eine Art der Selbstmedikation zu deuten, um psychische Probleme zu verdrängen. Suchtentwicklung beginne so gut wie immer

im Jugendalter, meinte Junglas, aber es gebe viel zu wenig Kinder- und Jugendpsychiater. Seinen Worten zufolge sind sie die einzige Facharztgruppe, für die keine Niederlassungsbeschränkung existiert. Bundesweit gebe es nur etwa 300 niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater und ungefähr 130 Kliniken, die sich dieser Patientengruppe annähmen.

Ecstasy: bleibendes Phänomen

Einigkeit herrschte bei den Fachleuten darüber, daß es sich bei Ecstasy nicht um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Im Gegensatz zu den sogenannten 68ern, die Drogen als Mittel zur Sinneserweiterung ansahen, schlucken die Kids von heute ihre Pillencocktails, um sich besser zu fühlen und dem Alltag zu entkommen, so die einhellige Meinung der Experten. Dabei zeigten ihnen die Erwachsenen mit den legalen Drogen (Alkohol, Zigaretten, Medikamente), wie in unserer Leistungsgesellschaft Streßbewältigung aussieht.

Hier muß Prävention einsetzen, weiß Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung. „Suchtvorbeugung ist die Förderung von Lebenskompetenz“, meint Pott. Dazu gehörten die Fähigkeiten, Alltagskonflikte zu bewältigen, Belastun-

gen standzuhalten, sich zu entspannen und zu genießen, Verantwortung für sich zu übernehmen und gegen Gruppendruck nein sagen zu können. Derart ausgebildete und informierte Jugendliche griffen seltener zu Suchtmitteln. Suchtprävention müsse deshalb im Alltag mit Kindern und Jugendlichen stattfinden: im Elternhaus, im Kindergarten, in der Schule und in Freizeiteinrichtungen, z.B. in Sportvereinen.

„Harm-reduction“

Prävention bedeutet bisher, sich um die Nicht-Drogen-Konsumenten zu kümmern. Der Aufklärung und Hilfe bedürfen aber auch die Konsumenten, besonders die Erstkonsumenten. Die Niederlande haben auf diesem Gebiet der Schadensbegrenzung („harm-reduction“) schon einige positive Erfahrungen gesammelt, wie der Vertreter des Gesundheitsministeriums, Hans Roerink, zu berichten wußte. Unter dem Motto „Go-to-the-front“ gehen „Streetworker“ auf sogenannte Rave-Parties und bemühen sich um günstige Rahmenbedingungen: Erste Hilfe ist vor Ort, die Teilnehmer werden angehalten, in ausreichendem Maß anti-alkoholische Getränke zu sich zu nehmen und regelmäßig an die frische Luft zu gehen. Außerdem bieten die niederländischen „Drogenaufklärer“ Pillentests an, weil auf dem Markt mittlerweile verschiedenste Stoffe und Dosierungen kursieren.

Damit erreichen sie eine Art Qualitätskontrolle, so daß die Gesundheitsgefährdung bei den Jugendlichen, die man nicht vom Konsum abhalten kann, minimiert werden kann. Ziel dieser Aktionen ist es in erster Linie, Leben zu retten und den Konsumenten zu einem besseren Umgang mit Suchtmitteln zu verhelfen.

„Ziel therapeutischer Maßnahmen muß ein Leben ohne Sucht sein“, meinte Wolfgang Gerhardt in seiner Einführung. Hierbei sind laut einhelliger Meinung nicht die Drogen, sondern die Sucht, also die Menschen und ihr soziales Umfeld, das Hauptproblem. Es bleibt abzuwarten, welche Lösungsvorschläge die FDP auf ihren neuen Wegen anzubieten hat.